Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 107 (1974)
Heft: 50

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 21.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 50

Organ des Bernischen Lehrervereins
107. Jahrgang. Bern, 13. Dezember 1974

Organe de la Société des enseignants bernois
107e année. Berne, 13 décembre 1974

Aus den Verhandlungen des Grossen Rates

Die Novembersession stand unter dem Motto «Zeichen setzen», wurde doch bei verschiedenen Geschäften betont, es sei bei der jetzt so unsicheren Zeit angebracht, mutige Entscheide zu fassen. Nun, auch die Interpunktion ist ja bekanntlich nicht jedermanns Sache. Man kann Zeichen ganz unnötig oder gar falsch setzen; manchmal würde ein Komma den Zweck ebenso gut erfüllen wie ein Ausrufezeichen.

Gleich zu Beginn der Session wurden die im September als nicht dringlich erachteten ZENT-Vorstösse beantwortet. Mit Genugtuung konnte der Rat vernehmen, dass die Regierung bereit ist, die ganze ZENT-Affäre genau unter die Lupe zu nehmen, allfällige Schuldige zur Verantwortung zu ziehen und gleichzeitig finanziell stark betroffenen Arbeitern zu helfen.

Wer glaubte, die Session gehe diesmal im Schnellzugstempo vorbei, sah spätestens bei der Beratung zum neuen Kulturförderungsgesetz, dass nun erst die Brocken kamen, die eine ganze Menge Redner ans Pult lockten. Sehr weit auseinander lagen die Meinungen bereits, als es beim Eintreten um die Definition des Wortes «Kultur» ging.

Die Ankündigung des Kulturförderungsgesetzes liess hochgespannte Erwartungen wach werden. Dass die Kultur im Kanton Bern zum Teil ein kümmerliches Dasein fristet und die Redensart vom hölzernen Boden sehr oft zutrifft, dürfte kein Geheimnis sein. Es geht also sicher nicht darum, zu explizieren, was Kultur ist, sondern darum, dem Kulturellen den Lebensnerv zu erhalten. Aber gerade bei der Durchsicht des Gesetzes war man irgendwie enttäuscht. Enttäuscht deshalb, weil uns das Gesetz nicht klar zeigt, wie Kultur gefördert werden soll. Das Abschieben kultureller Aufgaben an die Gemeinden ist ein schwerwiegender Entschluss. Sicher geschieht Kultur vor allem in der Gemeinde oder auch im kleineren Kreise; aber die Koordination, die Richtlinien, das Finden von neuen Kulturformen kann nicht Aufgabe der Gemeinden sein. Sonst geschieht gerade in kleinen und kleinsten Gemeinden nichts. Kulturförderung heisst doch auch: Ausbau der Kultur, Steigerung der Nachfrage, Setzen von Prioritäten. Ein Grossrat sagte dazu: «Kulturförderung soll eine Förderung des Volkes sein. Ein Volk ist nur lebendig, wenn seine Kultur lebendig ist.»

Ohne Beanstandung passierten in der Folge die beiden Direktionsgeschäfte:

- Erstellung eines Klassentraktes als erste Bauetappe für den Gymnasiumsneubau in Thun.
- Erstellung eines Neubaues für die Maturitätsschulen auf dem Strandboden in Biel.

Eine Motion Bigler befasste sich mit dem Problem der Anschlussklassen für Töchter. Herr Kohler bejahte das Bedürfnis und erklärte weiter, dass es den Gemeinden ja nicht benommen sei, ein 10. Schuljahr einzuführen, um gute Schüler auf gewisse Berufe vorzubereiten. Die Initiative müsse aber den Gemeinden überlassen bleiben.

Über 10 Redner rief die Motion Stähli, die sich mit der Berufswahlvorbereitung befasst, ans Rednerpult. Man sah dabei deutlich, dass auch dieses Problem seine zwei Seiten hat und ganz verschieden betrachtet wird.

Sehr viel zu reden gab natürlich das Dekret über die Gewährung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal und an die Lehrerschaft. Kommissionspräsident Baumberger gab bekannt, dass sich die Kommission mit 9 zu 8 Stimmen für 10% Nachteuerungszulage entschieden habe. Dies richtete sich gegen den Vorschlag des Regierungsrates, der im Dekret 11% beantragte. Bereits in der Eintretensfrage wurde nun hart gerungen und über zwanzig Ratsmitglieder schrieben sich in die Rednerliste ein. Der Bund zahlt umgerechnet auf unseren Index 12% aus. Der Regierungsrat war also mit den vorgeschlagenen 11% bereits um 1% unter die Leistung des Bundes gegangen. Unbegreiflich war deshalb der Vorschlag einiger Parteien, nochmals um 1% auf total 10% herabzugehen, wird doch damit der Unterschied zwischen Bund und Kanton recht gross. Es ist wirklich fraglich, ob nun gerade beim Personal diese Zeichen gesetzt werden müssen, beim Personal, das von der Hochkonjunktur der letzten 20 Jahre am wenigsten profitiert hat.

Die einzelnen Anträge lauteten:

SVP: 10%, Plafonierung. Für 10% sprach sich auch die *Freisinnige Partei* aus (Zeichen setzen zum Umdenken in der Automation des Indexes!).

Inhalt – Sommaire

Aus den Verhandlungen des Grossen Rates 425
Kantonale Primarlehrer-Kommission 426
Zum Bericht der Verwaltungskommission der Lehrerversicherungskasse über die Frage einer Herabsetzung des fakultativen Rücktrittsalters 426
Lehrertagung im Amt Trachselwald 427
Sektion Schwarzenburg: November-Synode 427
Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminarien 427
Berner Schulwarte 428
Einführung in die Anthroposophische Pädagogik ... 428
Caisse de remplacement des maîtres aux écoles moyennes 429
SBMEM – Procès-verbal de l'assemblée des délégués . 429
Mitteilungen des Sekretariates 430
Communications du Secrétariat 430

Kommission: 10%, ohne Plafond.

Ldu: 11%, Plafonierung im Minimum 2010.–; im Maximum 4800.–.

SP: 11%, ohne Plafond. (Also: voller Teuerungsausgleich, Arbeitsfrieden nicht stören) Die gleiche Meinung äusserte auch der Sprecher der *NA*.

Hennet: Ganzer Betrag zu gleichen Teilen auf alle Beamten verteilen.

In der Bereinigung wurde zuerst der Antrag Hennet deutlich abgelehnt. Danach obsiegte der Antrag der Kommission gegen den Antrag SVP mit 114 : 35 Stimmen und in der zweiten Runde der Antrag SP gegen den Antrag LdU mit 73 : 40 Stimmen. Es ging jetzt in der Schlussabstimmung nur noch um 10 oder 11% ohne Plafonierung. Der Kommissionsantrag mit 10% wurde schliesslich mit 85 gegen 76 Stimmen angenommen, wobei sich die 85 Stimmen auf die SVP, FdP, CVP und EVP verteilten. Unverständlich, dass sogar einige Lehrer – Grossräte gegen den vollen Teuerungsausgleich stimmten.

Ich hoffe zutiefst, dass mit dieser denkwürdigen Abstimmung nicht die Meinung aufkommt, man könne jetzt jedes Jahr bei den Staatsangestellten eine Sparübung veranstalten. Ein Rückkommen auf die Minimalgarantie durch Grossrat Mäder, Klasse 15 statt Klasse 17, wurde mit 93 : 60 Stimmen abgelehnt.

Dem Dekret wurde schliesslich mit 118 Stimmen bei vielen Enthaltungen zugestimmt.

Am Dienstag der 3. Woche konnte der Berner Schultheiss Dr. Meyer, Roggwil, den Rat entlassen, nachdem das Milliarden-Budget ohne grossen Widerstand genehmigt worden war.

Andreas Jenzer, Ostermundigen

Kantonale Primarlehrer-Kommission

Sitzung vom 27. November 1974

Der Bernische Mittellehrer-Verein lehnt eine *Integration* in den BLV ab, weil keine plausiblen Gründe vorliegen, dass der BLV nachher die Interessen der Lehrerschaft besser als bisher vertreten könne. Wir bedauern diese Absage an unsere Bemühungen. Wir glauben, dass die uns heute gestellten vielfältigen schulpolitischen Aufgaben nur gelöst werden können, wenn alle Beteiligten die Schule, insbesondere aber alle Abteilungen innerhalb der obligatorischen Schulzeit, als ein Ganzes betrachten. Die sich den Lehrern dieser verschiedenen Abteilungen stellenden Aufgaben sind zu einem überwiegenden Teil die gleichen und können nur gemeinsam gelöst werden. Viel scheinbar Trennendes zwischen den einzelnen Lehrergruppen ist künstlich in den Vordergrund geschoben worden, kann höchstens historisch erklärt, aber nicht sachlich gerechtfertigt werden. Opfer dieser künstlichen Unterschiede sind immer wieder unsere Schüler. Um diese geht es bei unseren Bemühungen, nicht um die Interessen der Lehrer. Ich glaube nicht, dass wir uns noch lange eine Organisation leisten können, in der jede Gruppe selbständig ihre eigenen Anliegen vertritt, wie das der BMV für sich fordert. Die Primarlehrer-Kommission beschloss, trotz aller Hindernisse die Bemühungen um eine Integration der unabhängig organisierten Lehrergruppen weiterhin zu unterstützen.

Im Auftrag des Kantonalvorstandes stellen wir die Wahlvorschläge für die Aufsichtskommission der *Lohnersatzkasse* zusammen, deren neues Reglement an der Abgeordnetenversammlung vom 11. Dezember 1974 genehmigt werden soll.

Wir sind mehrmals angefragt worden, wie der Staat Absatz 2 von Artikel 15 der seit diesem Jahr geltenden *Stellvertretungsverordnung* anzuwenden gedenke. Darin wird die Möglichkeit geschaffen, Besoldungen zu kürzen oder zu sistieren, wenn ein Lehrer in Ausübung einer bezahlten Nebenbeschäftigung oder durch ein grobes Selbstverschulden verunfallt oder krank wird. Viele Organisten, Chordirigenten und Behördemitglieder fragen sich besorgt, in welchen Fällen wohl der Staat von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen gedenkt. Wie ist das, wenn ein Lehrer als Gemeinderat verunfallt, von der Kirchenorgel fällt oder während des Dirigierens einen Schlaganfall erleidet? Steht man als Mitglied einer Kommission des Lehrervereins «im Dienste bernischer öffentlicher oder vom Staat subventionierter Schulen», oder übt man eine mit Lohnkürzungen bedrohte Nebenbeschäftigung aus?

Die Lehrer können ihr Risiko nur abschätzen und sich allenfalls dagegen versichern lassen, wenn sie wissen, wie die staatlichen Organe die Bestimmung interpretieren werden. Sie können nicht darauf warten, dass diese Interpretation in einigen Jahren aus der sich herausbildenden Praxis klar wird. Deshalb bat unsere Kommission die Leitung des Lehrervereins, bei den zuständigen Stellen eine schriftliche und verbindliche Erklärung zu verlangen, welche die mit Lohnkürzungen bedrohten und die davon nicht betroffenen bezahlten Nebenbeschäftigungen konkret umschreibt.

Der Kantonalvorstand hat die von den verschiedenen Lehrergruppen eingereichten *Lohnbegehren* in einem Katalog nach der Möglichkeit ihrer Realisierung geordnet. Die Abgeordnetenversammlung wird zu dieser Liste Stellung nehmen.

Wir haben festgestellt, dass die Leitung des BLV die von der Primarlehrer-Organisation eingereichten Anträge zum *Arbeitsprogramm 74* nicht nach dem vorgesehenen Terminplan behandelt hat. Die Organe des Vereins sind mit drängenden kurzfristigen Aufgaben derart überhäuft, dass langfristige und grundsätzliche Probleme immer wieder hinausgeschoben werden müssen. Wir haben einerseits Verständnis für die überforderten Mitglieder dieser Organe, möchten andererseits aber nicht, dass unsere wichtigen Anliegen, unsere Bemühungen um Gerechtigkeit für unsere Primarschüler der Hetze des Alltags zum Opfer fallen. Darum baten wir die Leitung des Vereins um einen neuen Terminplan zur Behandlung unserer Anträge vom vergangenen Juni.

Der Präsident: *Moritz Baumberger*

Zum Bericht der Verwaltungskommission der Lehrerversicherungskasse über die Frage einer Herabsetzung des fakultativen Rücktrittsalters

(*Berner Schulblatt Nr. 47 vom 21. November 1974*)

Herr Dr. Schmid schreibt unter Zif. 5:

«Gestützt auf diese Ergebnisse muss das Bedürfnis nach einer Reduktion des Rücktrittsalters verneint werden,

wenn rund 50% der Lehrkräfte, die zurücktreten könnten, im Mittel gut zwei Jahre länger im Schuldienst verbleiben.»

Es wäre jetzt noch eine Untersuchung wert, *warum* diese Lehrkräfte gut zwei Jahre länger im Schuldienst verblieben.

Ich glaube nicht, dass man in ihnen den Langstreckenläufer sehen kann, der zwar sichtlich mitgenommen und ausgepumpt das Ziel durchläuft und sportlich lächelnd noch eine Runde dazugibt.

Ich vermute andere Gründe:

- Konfrontation mit den gegenwärtigen Mietzinsen oder Baukosten beim Verlassen einer preislich günstigen, geräumigen Amtswohnung.
- Finanzieller Engpass, z. B. Studienkosten für die Kinder.
- Rein materielle Gründe (neue Besoldungsordnung).
- Vielleicht fühlt sich ein kleiner Prozentsatz als unersetzlich!

Das ist an sich kein erfreulicher Zustand, weder für den Lehrer, sein Ansehen, noch für die Öffentlichkeit.

Aus dem Umstand, dass 50% im Schnitt 2 Jahre länger im Amt bleiben, darf nicht abgeleitet werden, die bernische Lehrerschaft wünsche keine Herabsetzung des Rücktrittsalters.

Ich habe in meiner Umgebung noch nie einen Lehrer, auch einen noch so «verdienten» gesehen, der unter Beifall des Publikums über das Pensionierungsalter hinaus Schule gehalten hat. Das Gegenteil war immer der Fall.

Angesichts der heutigen Verhältnisse muss sogar an einer Herabsetzung des Pensionierungsalters gearbeitet werden. Und zwar darf das Problem nicht nur aus der Sicht des Lehrers und der Monatsbetreffnisse gesehen werden. Ebenso müssen die Interessen der Kinder, die das Anrecht auf einen Lehrer mit voller Spannkraft haben und die Interessen der Öffentlichkeit miteinbezogen werden.

Kurt Walther, Liebefeld

Lehrertagung im Amt Trachselwald

Vortrag von Erwin Heimann: «Fortschritt, wohin?»

Die Lehrkräfte des Amtes Trachselwald trafen sich zu einer Tagung in Grünenmatt. Nachdem Präsident Hansulrich Wahlen, Rüegsauschachen, einige Kurse mitgeteilt hatte, hielt Schriftsteller Erwin Heimann einen wertvollen Vortrag über das Thema «Fortschritt, wohin?». Auf das Gebiet der Erziehung übergehend, äusserte er sich unter anderem auch zur Frage der antiautoritären Erziehung. Die Erfahrungen damit hatten bereits einen Rückgang der Bewegung zur Folge. Die gesunde Jugend fordert heute die Autorität, wie sie Hans Zulliger verstand: «Autorität erreicht der Mensch nur durch Selbsterziehung, nicht durch sein Machtstreben; er will dienen und nicht herrschen, und weil er dient, herrscht er.» Vor zu weitgehender Willfährigkeit gegenüber den Jungen warnte auch Erich Kästner: «Was auch geschieht, so weit dürft ihr nicht sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.» Weitere Themenkreise kamen zur Sprache: Die Integration in Europa, die bessere Ausschöpfung der geistigen Reserven, vor allem in den unteren Volksschichten, die Beschränkung der Aufnahmen in die Hochschulen und in die ETH (etwas weniger, dafür bessere Maturanden), die Gründe der Nostalgiewelle, die Hebung der Lebensqualität und zum Schluss die alles umfassende Frage, wie der Mensch aus dem gegenwärtigen Chaos den Weg zurück zu den Werten findet, die sein Leben zu erfüllen vermögen. *aza.*

Sektion Schwarzenburg: November-Synode

Zur November-Synode in Schwarzenburg, die von Sektionspräsident Hans Flach geleitet wurde, versammelten sich 25 Kolleginnen und Kollegen. Zu Beginn erläuterte Schulinspektor René Zwicky die bestehende Regelung der Zusatzlektionen. Nach Genehmigung des Protokolls wurde von 1 Austritt aus der Sektion und von 3 Eintritten Kenntnis genommen. Der Präsident Hans Flach, Steinenbrünnen, die Sekretärin Iris Zehnder, Hirschhorn, und der Kassier Ernst Wyler, Sangernboden, wurden für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt. Neuer Vizepräsident wurde Ueli Zimmermann, Kriesbaumen, und als neues Mitglied wurde Werner Trachsel, Schwarzenburg, erkoren. Alfred Nafzger, Kalchstätten, wurde neuer Rechnungsrevisor.

Als Kurse der Sektion werden geplant:

- *Skikurs* mit Hans Nydegger, Guggisberg
- *Himmelskunde* mit Erich Laager, Schwarzenburg
- *Zeichnen und Werken auf der Unterstufe* mit Susi Joss, Moos
- *Medienpädagogik* (Radio / Film / Fernsehen)
- Der *Sprachkurs* mit Fritz Streit, Muri, wird voraussichtlich 1975 durchgeführt werden.

Über die Münchenwiler-Tagung berichtete der Vorsitzende, und abschliessend wies der Präsident der Sektion Guggisberg des Evangelischen Schulvereins, Hans Joss, Moos, auf die Arbeit dieses Vereins hin und lud alle zur Mitarbeit ein. Als nächstes Ausflugsziel (Mai-Synode) wurde ein Besuch des Landw. Technikums in Zollikofen und eine Besichtigung der Landw. Schule Schwand ins Auge gefasst.

Im 2. Teil orientierte Käthi Strahm über die Arbeit der Erziehungsberatung Bern. Sie gab Einblick in Sorgen und Nöte, zeigte auf, für wen die dort tätigen Fachleute da seien und wie in solchen Fällen Anmeldung, Abklärung, Beratung oder Betreuung erfolgen könne. An anschaulichen Beispielen erläuterte sie Arbeitsweise und Möglichkeiten dieser wertvollen Beratungsstelle. In der anschliessenden Aussprache wurden wichtige Fragen von der Referentin mit grosser Sachkenntnis geklärt.

Die Zusammenkunft klang mit einem gemütlichen Zusammensein im Restaurant «Marktplatz» aus. *jo*

Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminarien

Protokoll der Jahrestagung vom 27. 12. 1973, 9.45 Uhr, im Casino Bern

Anwesend: ungefähr 350 Teilnehmer und der Vorstand (entschuldigt: Ernst Schütz).

Präsident Paul Michel begrüsst Gäste und Ehemalige und eröffnet die Jahresversammlung. Nach dem gemeinsamen Gesang des Beresinaliedes bestreitet Herr Dir.

Meyer den ersten Teil der Tagung mit seinem glänzenden Vortrag über «Die Elementarbildung bei Pestalozzi».

Dem Vortrag folgt der geschäftliche Teil der *Hauptversammlung.*

1. *Protokoll*

Das am 23. 11. 1973 im «Berner Schulblatt» veröffentlichte Protokoll der Tagung 1972 wird genehmigt.

2. *Jahresbericht*

Nachdem 1972 an der Tagung Mädchen in die Vereinigung aufgenommen wurden, erhielten in diesem Jahr auch drei Mädchenklassen Reisebeiträge.

Hauptproblem ist immer noch das Finden einer Form für den zukünftigen Dachverband. Es wird gegenwärtig versucht, ein Modell auszuarbeiten. Die Zusammenarbeit mit Langenthal klappt gut. Mit Thun bestehen ebenfalls Kontakte. Biel: Die ausgerichteten Reisebeiträge wurden offenbar geschätzt und verdankt. Der Vorstand behält auch Spiez und die übrigen Seminarien im Auge.

Es wurde Kenntnis genommen von der Eingabe der Hofwiler Botaniklehrer, die zur Verbesserung der Zustände im alten Badeweiher führen soll. Momentan hat aber der Baudirektor etwas Finanzschwierigkeiten.

Im Seminar Hofwil ergeben sich mit der Vergrösserung Probleme mit der Verpflegung.

1973 fanden fünf Vorstandssitzungen und eine Präsidentenkonferenz statt.

Der Jahresbericht wird von den Versammlungsteilnehmern gutgeheissen. Alfred Stegmann dankt dem Präsidenten für die geleistete grosse Arbeit.

3. *Jahresrechnung*

Kassier Hans Locher erläutert die Rechnung. Das Reinvermögen der Vereinigung, bestehend aus Vereinskasse, Hilfsfonds und Reisestiftung beträgt Fr. 80 626.70. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von Fr. 4353.80.

Die Versammlung genehmigt die Rechnung einstimmig.

Anregung Herr Schärer: Der Reisefonds sollte nicht zu sehr anwachsen. Der Vorstand soll die Angelegenheit prüfen.

4. *Budget, Mitgliederbeitrag*

Das Budget rechnet mit einem Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben. Der Vorschlag des Kassiers, den Mitgliederbeitrag auf Fr. 5.– zu belassen, wird ohne Gegenstimme angenommen.

5. *Veränderungen im Mitgliederbestand*

Im Anschluss an die Ehrung der im Jahre 1973 verstorbenen Kollegen nimmt die Versammlung die Promotionen 134 und 81 in die Vereinigung auf.

6. *Verschiedenes*

Der Präsident gratuliert Herrn Dr. Canale zu seiner Wahl zum Seminardirektor in Spiez.

Herr Egger, 102. Promotion, macht darauf aufmerksam, dass die Gebäulichkeiten im Seminar Hofwil den Schülerzahlen nicht mehr entsprechen. Insbesondere sei der Speisesaal zu klein.

Herr Nägeli dankt für die Verbesserungen, die sich aus den neuen Statuten der Lehrerversicherungskasse für die Pensionierten ergeben haben.

Anregung Herr Schuler: Als Beitrag an die Kosten für die Instandstellung des alten Badeweihers könnten ev. die Restbeträge aus den Sammlungen verwendet werden

Die nächste Tagung wird voraussichtlich wiederum am 27. 12. stattfinden.

Mit dem Dank des Präsidenten an alle an der Tagung Beteiligten und an die Presse findet die Hauptversammlung 1973 mit dem Gesang des Appenzeller Landesgemeindeliedes ihren Abschluss.

Die Aufführenden des Nachmittagskonzertes sind Rosemarie Burri, Klavier, und Thomas Friedli, Klarinette. Sie spielen Werke von Camille Saint-Saëns, Francis Poulenc, Robert Schumann und Carl Maria von Weber.

Im Namen der Ehemaligen dankt der Vorstand an dieser Stelle dem Referenten Dir. Meyer, den Musikern R. Burri un Th. Friedli und dem Künstler Urs Brunner nochmals herzlich für ihren Beitrag.

Vereinigung ehemaliger Schüler
der bernischen Staatsseminarien
Der Präsident: *P. Michel*
Der Protokollführer: *F. Brand*

Berner Schulwarte

Bitte beachten Sie die *regelmässigen Mitteilungen* der Berner Schulwarte im *Amtlichen Schulblatt* betr. Neuanschaffungen.

Schliessung der Schulwarte während den Festtagen:

Der Ausleihbetrieb und der Lesesaal bleiben von Dienstag, den 24. Dezember 1974, 12 Uhr, bis am Montag, den 6. Januar 1975, 9 Uhr, geschlossen.

Die Leitung der Schulwarte

Einführung in die Anthroposophische Pädagogik

(3. Jahreskurs)

Zeit und Ort

32 Samstagnachmittage April 1975 bis März 1976 und zwei 5-tägige Wochenkurse 4. bis 8. August und 29. September bis 3. Oktober 1975

Rudolf Steiner Schule, Effingerstrasse 34, Bern

Themen

Menschenkunde als Grundlage der Pädagogik

Dreigliederung, Entwicklungsstufen, Wesensglieder, Temperamente, Sinneslehre

Methodisch-Didaktisches zu verschiedenen Unterrichtsfächern

Künstlerische Übungen in Eurythmie, Sprachgestaltung, Plastizieren, Malen, Zeichnen, Singen, Geometrisieren

Kosten

Fr. 250.– pro Quartal; je nach Teilnehmerzahl Reduktion möglich

Auskünfte, Anmeldestellen

Max Widmer, Roseggweg 7, 3097 Liebefeld, 031 53 40 08, Dr. H. Eymann, Chaumontweg 4, 3028 Spiegel, 031 53 71 15

Durchführende Organisation

Arbeitsgruppe Lehrerbildung auf anthroposophischer Grundlage, Bern

L'Ecole bernoise

Caisse de remplacement des maîtres aux écoles moyennes bernoises

Résultat de la votation générale sur la révision des statuts

Cartes de vote distribuées 1486. Suffrages exprimés 568. Participation au vote 38,22 %.

Oui 522, non 39, bulletins blancs 7. Les nouveaux statuts sont donc acceptés par 522 voix contre 39; ils entreront en vigueur le 1er janvier 1975. Dès cette date, la caisse s'appellera «Caisse de compensation du traitement pour les maîtres aux écoles moyennes bernoises».

Le comité remercie tous les membres de la caisse qui ont fait usage de leur droit de vote.

Wangen a. A., le 25 novembre 1974.

Pour le comité
La présidente: *Edith Nussbaum*

SBMEM
Procès-verbal de l'assemblée des délégués

du mercredi 19 juin 1974, à 9 h. 45, à Belp (Restaurant Sternen)

1. Souhaits de bienvenue

M. Hans Grütter, président, souhaite la bienvenue aux délégués. Il salue également les deux classes supérieures de l'école secondaire de Belp qui, sous la direction de M. HJ. Bohler, membre du Comité cantonal, accueillent les hôtes en interprétant quelques chants de leur répertoire. Plusieurs délégués et anciens présidents de la SBMEM se sont fait excuser. Sont présents: 47 délégués, les 7 membres du Comité cantonal et 4 hôtes. L'invitation, publiée dans «L'Ecole bernoise», a été également adressée aux sections. On passe à la désignation de deux scrutateurs. Sont nommés: MM. L. Cadetg, Bienne, et M. Winnewisser, Wichtrach.

2. Hommage aux collègues disparus au cours de 1973/74

Le président mentionne les noms des collègues disparus. Puis il cite deux passages littéraires de circonstance. L'assemblée observe alors un instant de silence.

3. Procès-verbal de l'assemblée extraordinaire des délégués du 13 mars 1974, à Berne

Le procès-verbal a été adressé aux sections à l'intention de leurs délégués. Pour la section jurassienne, le texte a été traduit en langue française. Le procès-verbal est approuvé sans discussion.

4. Rapport annuel du Comité cantonal

Le président lit ce rapport et le commente partiellement. Il a été publié, en allemand, dans «L'Ecole bernoise» No 37, du 12 septembre 1974, en français, dans «L'Ecole bernoise» No 45, du 8 novembre 1974. Le 21 mars 1974 paraissait dans «L'Ecole bernoise» (No 12) le rapport annuel de la SEB. Il renseigne sur bien des questions traitées en collaboration avec la SBMEM et ses représentants. Nous renoncerons donc à répéter ces mêmes problèmes.

Le vice-président met le rapport annuel en discussion, puis remercie le président de son travail et de son engagement.

5. Comptes annuels

Les comptes, présentés sur feuilles polycopiées, sont brièvement commentés par Mme H. Linder. Ils bouclent avec un solde actif de Fr. 2800.–, qui est reporté à nouveau. Le compte capital accuse une diminution de fortune de Fr. 4.50.

Vérifiés par MM. L. Schori et J. Vallat, les comptes annuels sont approuvés sans opposition.

6. Budget et cotisation pour 1974/75

Le budget prévoit Fr. 39500.– aux recettes et Fr. 38100.– aux dépenses. L'augmentation des dépenses nécessite une cotisation annuelle de Fr. 25.– (Fr. 20.– en 1973). L'assemblée approuve le budget et le montant de la cotisation annuelle sans opposition.

7. Programme d'activité

Le programme d'activité, présenté sur feuilles polycopiées, publié dans «L'Ecole bernoise» No 46, du 15 novembre 1974, est approuvé par l'assemblée.

8. Elections

Les élections se feront en application des nouveaux statuts. Ceux-ci furent acceptés en votation générale: 476 oui, 26 non (participation: 35 %).

a) M. HR. Marmet, représentant de la section Oberland, quitte le Comité cantonal après 4 ans d'activité. Il sera remplacé par M. A. Bomio, Sigriswil, que l'assemblée nomme à l'unanimité.

b) M. HR. Marmet remplacera, pour une période de 4 ans, M. K. Vögeli au Comité cantonal SEB.

Le président adresse ses remerciements aux deux membres démissionnaires pour leur travail au service de la SBMEM. L'assemblée applaudit tout particulièrement M. K. Vögeli pour son engagement total pendant 8 années: Comité cantonal de la SBMEM, Comité cantonal de la SEB, dont 2 années de présidence.

c) M. Hans Grütter, président, est réélu pour une nouvelle période de 4 ans. Par de vifs applaudissements, l'assemblée lui témoigne sa reconnaissance.

Un membre suggère l'idée de faire figurer dorénavant à l'ordre du jour les élections, ainsi que les noms des membres proposés.

9. Affaire de l'école secondaire du Wankdorf, Berne

La proposition du Comité cantonal d'exclure un membre à cause de son attitude négative envers une importante mesure de la SEB (boycottage d'une place) suscite de vives discussions. Comme il s'agit d'un cas compliqué, les délégués ne sont pas habilités à juger dans le détail un problème aussi délicat. Au lieu de se tenir sur ses gardes, le collègue en question a fortement contribué à briser le boycottage et, de ce fait, porté atteinte aux intérêts mêmes de la société.

Lors du vote final, M. P. Fafri, directeur de l'école secondaire du Wankdorf, à Berne, est exclu de la SBMEM par 30 voix contre 0 (8 abstentions).

10. Ordonnances et prescriptions de la DIP

Il s'agit de différentes ordonnances promulguées à la suite de la nouvelle loi sur les traitements du corps enseignant, en particulier de celle relative aux leçons non données. Le Comité cantonal a reçu les prises de position des sections. Comme l'heure est avancée, l'assemblée charge le Comité cantonal d'étudier cet objet.

11. Divers

11.1. M. H. Würgler, président de la section Mittelland, a adressé au Comité cantonal une question écrite concernant la réorganisation de la SEB. Voici la teneur de la question: «La SBMEM est-elle disposée à collaborer à la résolution prise par la section de Köniz de la SEB, le 9. 12. 71? Il s'agirait, en fait, de garantir l'unité du corps enseignant bernois sur la seule base de la SEB (donc suppression de la SBMEM et de la Société bernoise des maîtres de gymnase).

Au nom du Comité cantonal, le président déclare que la SBMEM est entièrement disposée à collaborer avec tous les groupements d'enseignants, mais qu'elle refuse l'intégration dans la SEB. En effet, aucune raison plausible ne saurait justifier un changement aussi radical du système actuel. Nulle autre forme ne peut garantir mieux les intérêts de l'ensemble du corps enseignant et défendre les minorités avec plus d'efficacité.

11.2. Un membre aimerait savoir si la SBMEM a déjà pris contact avec l'association des maîtres auxiliaires. Ce nouveau syndicat, qui vient de se créer, a pour objectif principal le nouveau statut des traitements avec lequel les maîtres auxiliaires ne peuvent pas se déclarer d'accord. M. H. Grütter, président, fait savoir que ce problème concerne avant tout la SEB, où cette question a déjà fait l'objet d'une discussion.

11.3. M. H. Grütter adresse de vifs remerciements à M. F. Röthlisberger, président de la caisse de remplacement, pour s'être dépensé pendant 18 ans dans le seul intérêt de nos membres. La caisse de remplacement, actuellement en réorganisation, a rendu de précieux services à chacun de nos membres; les nouveaux statuts sont en préparation.

Le président clôt les débats à 13 h. 15 et remercie les délégués de leur intense collaboration.

Responsable du procès-verbal: *H. Kohler*

De nombreux collègues se retrouvent au repas. Ils profitent de ces quelques instants de détente pour échanger leurs idées. La journée se termina par la visite d'un nouveau complexe scolaire à Belp. Nos collègues eurent l'occasion d'admirer différentes innovations intéressantes, relatives à la flexibilité des salles de classes ainsi qu'à leur ameublement. Adapt. franç.: *Paul Müller, Bienne*

(Texte allemand paru dans «L'Ecole bernoise» N° 46, du 15 novembre 1974)

Mitteilungen des Sekretariates

Communications du Secrétariat

Der Grosse Rat und die Teuerungszulagen

Im Schulblatt vom 1. Nov. vororientiert, haben unsere Mitglieder in der Tagespresse die Beschlüsse lesen können, die das kantonale Parlament nach langen auf vier Sitzungstage verteilten Debatten gefasst hat.

Die Unruhe, die gewisse Kreise beschleicht – und deren Berechtigung wir keineswegs einfach leugnen möchten – sowie ein allgemeines Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Inflation erklären teilweise die Nervosität, mit welcher darüber verhandelt wurde, ob den Beamten und Lehrern der Kaufkraftverlust der Besoldungen mehr oder weniger vollständig zu ersetzen sei.

Was uns am meisten verwundert hat, ist die Konfusion, die in zahlreichen Köpfen über den Landesindex der Konsumentenpreise und die Teuerungszulagen zu herrschen scheint. Dieser Index ist seit bald vierzig Jahren

Le Grand Conseil et les allocations de cherté

Nos lecteurs, informés sur le fond dans «L'E. b.» du 1er novembre, ont appris par la presse quotidienne les décisions que le parlement cantonal a prises après de longs débats répartis sur quatre journées de session.

L'inquiétude sourde qui gagne certains milieux – et dont nous ne voudrions pas contester entièrement la légitimité – et un sentiment général d'impuissance vis-à-vis de l'inflation expliquent partiellement la nervosité avec laquelle fut débattue l'opportunité d'accorder aux fonctionnaires et enseignants une péréquation plus ou moins complète de la perte en valeur d'achat des traitements.

Ce qui nous a le plus étonné, c'est la confusion qui semble régner dans bien des têtes au sujet de l'indice des prix à la consommation et des allocations de vie chère. Cet indice est reconnu depuis bientôt quarante ans comme

als brauchbares Messinstrument für die Kaufkraft eines Angestelltenlohnes anerkannt. Auch wenn er auf dem mittleren Verbrauch einer mittleren Familie mit bescheidenem Einkommen (Arbeiter, kleiner Angestellter usw.) berechnet wird, so sorgen das Spiel der Konkurrenz und die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Preisen und Löhnen dafür, dass die Waren und Dienstleistungen, die von den besser gestellten Kategorien (wie mittlere und höhere Beamte usw.) «konsumiert» werden, im Durchschnitt ebenfalls derselben Teuerung unterliegen.

Wenn also der Arbeitgeber die mittlere Kaufkraft seiner Angestellten garantieren will, muss er die Löhne periodisch im Verhältnis zum Landesindex anpassen. Eine Nachteuerungszulage am Jahresende stellt nur das Gleichgewicht wieder her, das von der Teuerung im Lauf des Jahres gestört worden ist. Diese Nachteuerungszulage nicht oder nur teilweise gewähren bedeutet, sich damit abfinden, dass die Lohnbezüger einen Teil ihrer Kaufkraft verlieren, was mit anderen Worten Lohnabbau bedeutet. Der Zeitpunkt, an dem die Nachteuerungszulage ausgerichtet wird, spielt dabei keine Rolle; es zählt bloss das Total der während des Jahres ausgerichteten Beträge.

Es wurde auch behauptet, die Teuerungszulage, sowohl die laufende wie die ergänzende, bedeute für die mittleren und höheren Einkommen eine Verbesserung im Realwert. Wer das sagt, behauptet, die Auslagen, die nicht durch die elementaren Lebensbedürfnisse verursacht werden, wie Nahrung, Wohnung und Kleidung, seien der Teuerung nicht im selben Mass ausgesetzt wie diese; nun hat während dieser Debatten nicht nur niemand den geringsten Beweis für diese Behauptung aufgestellt, sondern die Untersuchungen, die zu mehreren Zeitpunkten von Wirtschaftswissenschaftern vorgenommen wurden, haben die Parallelität des Verlaufs der Teuerung in diesen beiden Ausgabenkategorien bewiesen. Die Lehrer können daher ruhig denselben Satz an Teuerungszulagen entgegennehmen, wie die unteren Kategorien.

Es ist daher zu begrüssen, dass der Grosse Rat allen dieselbe Zulage von 10% gewährt hat (abgesehen von der üblichen Minimalgarantie gegenüber den Bezügern der tiefsten Löhne). Somit wurden unsere Besoldungen auf einen Stand von 150,6 Punkten gebracht, wogegen allerdings der Jahresdurchschnitt des Index wahrscheinlich um 152 Punkte betragen wird. Die 1 bis 2 Punkte, die nicht ausgeglichen sind, machen also ungefähr 1% (von 152) aus.

Wichtiger scheint uns das für 1975 eingeführte neue System: Der Regierungsrat hat die Ermächtigung erhalten, die neue Teuerungszulage von Januar 1975 an dem Dezemberindex 1974 anzupassen, und der wird bei 160 Punkten liegen. Zum ersten Mal seit langem werden unsere Löhne zum Jahresbeginn der Kurve des Index von nahem folgen. Im Juli 1975 soll eine erste Nachteuerungszulage die Entwicklung während des ersten Semesters ausgleichen, und die laufende Teuerungszulage soll dem Juni-Index angepasst werden. Im November wird der Grosse Rat selber darüber befinden, ob für das zweite Semester eine zweite Nachteuerungszulage fällig ist. Dies gilt für die Löhne wie für die Renten.

Schliesslich erinnern wir daran, dass die im Lehrerbesoldungsdekret festgelegten Grundbesoldungen und Zulagen nunmehr um rund 25% aufgewertet werden, so dass sie von 1975 an einem Stand von 150 Punkten entsprechen (gegenüber 120 Punkten seit 1973). Die neue Teuerungszulage dürfte etwa 6% (entsprechend 159 Punkten) oder 7% (entsprechend 160,5 Punkten) betragen.

un instrument valable permettant de mesurer le pouvoir d'achat du traitement d'un employé. Même s'il est calculé sur la consommation moyenne d'une famille moyenne a revenu modeste (ouvrier, petit employé, etc.), le jeu de la concurrence et de l'interdépendance entre les prix et les salaires fait que les denrées et services «consommés» par les catégories plus aisées (fonctionnaires moyens et supérieurs, etc.) sont soumis, en moyenne également, à un renchérissement du même ordre de grandeur.

Si l'employeur veut donc garantir le pouvoir d'achat moyen de ses employés, il lui faudra augmenter périodiquement les salaires dans la proportion qu'indique l'indice national. Une allocation complémentaire de fin d'année ne peut que rétablir l'équilibre rompu par le renchérissement qui a eu lieu au cours de l'année. Ne pas accorder cette allocation complémentaire, ou ne l'accorder que partiellement, équivaut à se déclarer d'accord avec une perte en pouvoir d'achat de la part des salariés, ou, en d'autres mots, avec une déduction opérée sur le traitement. La date à laquelle le complément est versé ne joue aucun rôle; c'est la somme totale accordée au cours de l'année qui seule compte.

Quant à déclarer que l'allocation de cherté, courante ou complémentaire en fin d'année, représente une augmentation du pouvoir d'achat des revenus moyens et supérieurs, revient à prétendre que les dépenses qui ne sont pas conditionnées par les besoins vitaux élémentaires tels que la nourriture, l'habitation et l'habillement, ne sont pas soumises au renchérissement dans la même mesure que celles-ci; or, non seulement personne n'a, dans ces débats, apporté la moindre preuve de cette pétition de principe, mais au contraire les sondages qui ont été effectués à plusieurs reprises par les économistes ont prouvé le parallélisme des courbes de renchérissement de ces deux catégories de dépenses. Les enseignants peuvent ainsi tranquillement accepter le même taux d'allocations que les catégories inférieures.

Il est donc heureux que le Grand Conseil ait accordé à tous la même allocation de 10% (plus la traditionnelle garantie minimum en faveur des classes de traitements les plus basses). Les traitements ainsi complétés correspondent à un niveau de 150,6 points, tandis que la moyenne annuelle de l'indice sera vraisemblablement d'environ 152 points. Les 1 à 2 points qui ne sont pas compensés pèsent donc effectivement pour environ 1% (de 152).

Nous attachons une importance plus grande au système adopté pour 1975: Le Conseil-exécutif a reçu la compétence de fixer la nouvelle allocation, dès janvier 1975, sur la base de l'indice de décembre 1974 – qui affleurera les 160 points. Pour la première fois depuis longtemps, nous commencerons l'année avec des traitements qui serreront de très près la courbe de l'indice. En juillet 1975, première allocation complémentaire calculée sur la moyenne du premier semestre, et adaptation de l'allocation courante à l'indice de juin. En novembre, le Grand Conseil jugera lui-même de l'opportunité d'une deuxième allocation complémentaire pour le second semestre. Ceci vaut pour les traitements et les rentes.

Enfin, rappelons que les traitements de base et les allocations fixés dans le décret sur les traitements ont été revalorisés d'environ 25%, de sorte qu'ils correspondront, dès 1975, à un niveau de 150 points (au lieu de 120 points depuis 1973). La nouvelle allocation de cherté se situera autour de 6% (pour 159 points) ou 7% (160,5 points).

Die versicherten Besoldungen werden Fr. 12 000.– weniger betragen als 95 % der neuen Ansätze im Dekret. Weder der Staat und die Gemeinden, noch die Lehrer an öffentlichen Schulen werden ausserordentliche Monatsbeiträge an die Lehrerversicherungskasse abliefern. Aus unmittelbarer Perspektive mag das eine erfreuliche Mitteilung sein; auf lange Sicht ist es aber ein zweischneidiges Schwert, da heute auf die Substanz der Kasse zurückgegriffen wird, um den Staat und die Gemeinden um 25 % Teuerungszulagen auf den Renten zu entlasten, indem diese Zulagen in die Renten eingebaut werden, ohne dass die Kasse einen konkreten Gegenwert erhält. Man zieht also einfach einen Wechsel auf die Zukunft.

Welche Schlüsse sollen wir aus den Verhandlungen des Grossen Rates ziehen? (Nebenbei gesagt haben diese länger gedauert, als diejenigen über das Lehrerbesoldungsgesetz und das zugehörige Dekret im September und November 1972.) Erste Folgerung: Das Klima hat sich deutlich abgekühlt: Lohnbegehren werden mit deutlichen Zurückhaltung aufgenommen. Zweite Folgerung: Die öffentlichen Funktionäre, darunter die Lehrer, haben alles Interesse, zusammenzustehen und jede irgendwie geartete Initiative sorgfältig mit ihren Berufsverbänden abzusprechen.

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

Les traitements assurés comporteront 95 % des nouveaux montants, moins 12 000 francs. Ni l'Etat et les communes, ni les enseignants des écoles publiques ne verseront de mensualités extraordinaires à la Caisse de retraite. A vue courte, une nouvelle réjouissante; à longue échéance, une arme à deux tranchants, puisque la substance même de la Caisse est mobilisée pour décharger l'Etat et les communes de 25 % d'allocations de cherté sur les rentes, allocations incluses dans les rentes sans contrepartie concrète pour la Caisse. On tire donc simplement une traite sur l'avenir.

Quelles conclusions faut-il tirer des débats du Grand Conseil, qui ont – soit dit en passant – duré plus longtemps que ceux dont sont sortis, en septembre et novembre 1972, la loi et le décret relatifs à nos traitements? La première est que le climat s'est nettement rafraîchi et que les revendications de salaire seront accueillies avec réserve dorénavant. La deuxième, c'est que les fonctionnaires publiques, dont les enseignants, ont tout intérêt à serrer les rangs et à se concerter soigneusement avec leurs associations professionnelles avant de prendre des initiatives quelconques.

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Kauft den Lehrerkalender 1975!

Der neue Lehrerkalender des Schweizerischen Lehrervereins ist erschienen. Umfang und Format sind gleichgeblieben. Neuerung: die Adressblätter sind weggelassen. Diese können separat bezogen werden, und zwar in einer Form, die das Hineinlegen in die Hülle erlaubt. Damit fällt das jährliche Neuschreiben weg; allein Korrekturen und Ergänzungen müssen angebracht werden. Der Reingewinn, den der Kalender hoffentlich einbringen wird, fliesst der Lehrerwaisenstiftung des SLV zu. Abgesehen von der Dienlichkeit des Kalenders als Gedächtnisstütze und Planungshilfe ist allein schon dieser Zustupf an eine helfende Organisation Grund genug zum Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen, sich den Kauf des Kalenders 1975 in wohlwollendem Sinne zu überlegen.

Der Kantonalvorstand BLV

Bestellungen anlässlich der *Sektionsversammlung* oder direkt an das Sekretariat des Schweizerischen Lehrervereins, Postfach 189, 8057 Zürich.

Das Sekretariat des Bernischen Lehrervereins bleibt geschlossen von Freitag, 20. Dezember 1974, 18 Uhr, bis Montag, 6. Januar 1975, 8 Uhr. In dringenden Fällen wende man sich an den Sektionspräsidenten oder an die nachgenannte Adresse. *Der Kantonalvorstand*

Le Secrétariat de la Société des enseignants bernois restera fermé du vendredi 20 décembre 1974, dès 18 heures, au lundi 6 janvier 1975, à 8 heures. En cas d'urgence s'adresser au président de section ou à l'adresse indiquée ci-après. *Le Comité cantonal*

Fürsprech – Me Werner Rindlisbacher, Storchengässchen 6, 3011 Bern, Tel. 031 22 13 04
wenn keine Antwort – en cas de non-réponse Thunstrasse 47 a, 3005 Bern, Tel. 031 44 51 79

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 25 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co 1342 - 3001 Bern